

## **Der Balkan als integraler Teil einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur? Sicherheit, Rolle der NATO und der Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres**

Vedran Dzihic



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem  
Bundesministerium für Landesverteidigung

## **Zusammenfassung**

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich nach dem Ende der jugoslawischen Staatszerfallskriege zum Ziel gesetzt, die Region mit einem Set an Maßnahmen und institutionellen Kooperationen weitgehend in die breitere europäische Sicherheitsstruktur zu integrieren. In den letzten Jahren hat sich diese Konstellation verändert. Die führende Rolle der EU wurde zunehmend von anderen internationalen Akteuren in Frage gestellt und herausgefordert. Heute ist der Balkan wieder eine geopolitisch und sicherheitstechnisch umkämpfte Zone, in der sich auf der einen Seite die EU, die USA und die NATO und auf der anderen Seite Russland bzw. China gegenüberstehen und um Einfluss kämpfen. Angesichts dieser Verschiebungen widmet sich die vorliegende Kurzanalyse der Frage, welche strukturellen Faktoren Anfang des Jahres 2019 die Sicherheits- und Stabilitätslandschaft auf dem Balkan prägen und vor welchen neuen Herausforderungen angesichts dessen die zentralen Sicherheitsprovider, die EU und vor allem die NATO, in der Region stehen. Die Analyse geht auch der Frage nach, ob sich durch die diskutierten strukturellen Verschiebungen die Rolle Österreichs und der österreichischen Auslandseinsätze in der Region mitverändert.

## **Keywords**

Sicherheit, Westbalkan, NATO, EU, KFOR, Serbien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Rolle von Russland

## **Autoren**

**Dr. Vedran Džihic** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip für die thematischen Schwerpunkte Westbalkan, EU-Erweiterung und Demokratisierung und Vortragender am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien.

## *Impressum:*

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,  
1090 Wien, Berggasse 7, [www.oiip.ac.at](http://www.oiip.ac.at), [info@oiip.ac.at](mailto:info@oiip.ac.at)  
Copyright © 2019

## Einleitung

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich nach dem Ende der jugoslawischen Staatszerfallskriege zum Ziel gesetzt, die Region mit einem Set an Maßnahmen und institutionellen Kooperationen weitgehend in die breitere europäische Sicherheitsstruktur zu integrieren. Federführende Rolle kam von Beginn an der Europäischen Union und den USA sowie der NATO zu. Die NATO hatte maßgeblich zur Beendigung der Kriege beigetragen und sollte mit ihren militärischen Missionen – vor allem in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo – für Sicherheit und Stabilität sorgen. Die EU auf der anderen Seite setzte sich zum Ziel, die sogenannten Westbalkanstaaten nicht nur nachhaltig zu stabilisieren und wirtschaftlich und ökonomisch an den Westen anzubinden, sondern auch Impulse und Motivation für die Demokratisierung der Region zu bieten; ein Vorhaben, das durchaus im Einklang mit den Interessen und Strategien der USA stand. Eine nachhaltige Demokratisierung schien der beste Weg zu sein, um die Region im sogenannten „euro-atlantischen“ – also westlichen – Kontext zu verankern. Österreich als Mitglied der Europäischen Union sowie maßgeblicher Truppensteller bei den militärischen Einsätzen in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo trug diese Zielsetzungen vollinhaltlich mit, und dies durchaus auch mit dem Eigeninteresse der Sicherung bzw. Integration der wichtigen Nachbarschaftsregion in den europäischen Rahmen.

Am Gipfeltreffen von Thessaloniki im Jahr 2003 sagte die EU den Staaten des ehemaligen Jugoslawien zu, sie bei der Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen in absehbarer Zeit als Vollmitglieder aufzunehmen. Die Erweiterungsstrategie der EU ging Hand in Hand mit der schrittweisen Integration der Region in die NATO. Die EU und die USA gingen hier durchaus arbeitsteilig vor. Die USA waren aufgrund

ihrer militärischen Präsenz sehr stark im Sicherheitsbereich aktiv und behielten lange Zeit eine dominante Rolle in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo, während die EU die politische und sozioökonomische Transformation der Staaten und ihre nachhaltige Integration in die Union vorantreiben sollte.

Insgesamt wurde die EU ab 1999/2000 – gemeinsam mit den USA – zum einflussreichsten Akteur am Westbalkan. Sie wurde zusammen mit den USA und anderen NATO-Staaten zum dominanten Sicherheitsprovider, zum wirtschaftlich größten Investor und zum normativen Role-Model bei der Demokratisierung der Region. Man kann also zu Beginn der 2000er Jahre davon sprechen, dass sich die EU zur dominanten Hard- aber auch Soft-Power in der Region entwickelt hatte und auch so agierte.

In den letzten Jahren hat sich diese Konstellation verändert. Die führende Rolle der EU wurde zunehmend von anderen internationalen Akteuren in Frage gestellt und herausgefordert. Dies lässt sich einerseits mit vielfältigen Krisen in der EU und einer passiven Erweiterungspolitik erklären, andererseits aber durchaus auch aufgrund einer veränderten geopolitischen Situation und den damit verbundenen stärkeren Aktivitäten von Staaten wie Russland und China, sowie in einer spezifischen Form auch jenen der Türkei. Das Stocken der EU Erweiterungspolitik und die veränderte geopolitische Landschaft haben die Lage am Balkan verändert. Heute ist der Balkan wieder eine geopolitisch und sicherheitstechnisch umkämpfte Zone, in der sich auf der einen Seite die EU, die USA und die NATO und auf der anderen Seite Russland bzw. China gegenüberstehen und um Einfluss kämpfen. Der Balkan ist daher heute mehr denn je als ein politischer, wirtschaftlicher und zum Teil auch militärischer „Marktplatz“ zu betrachten. Auf diesem „Marktplatz“ herrscht zunehmende Skepsis an der EU und der Demokratie und

die autoritären Herrschaftsformen und politische Persönlichkeiten gewinnen an Attraktivität.

Angesichts dieser Verschiebungen stellt sich die Frage, welche strukturellen Faktoren Anfang des Jahres 2019 die Sicherheits- und Stabilitätslandschaft auf dem Balkan prägen und vor welchen neuen Herausforderungen angesichts dessen die zentralen Sicherheitsproviden, die EU und vor allem die NATO, in der Region stehen. Der veränderte Handlungsrahmen für die EU und die NATO hat auch einen Einfluss auf die Rolle Österreichs in der Region. Daher behandelt diese Analyse auch die Frage, ob sich durch die diskutierten strukturellen Verschiebungen die Rolle Österreichs und der österreichischen Auslandseinsätze in der Region ebenfalls verändert.

### **Sicherheits- und Stabilitätslandschaft am Westbalkan – strukturelle Faktoren und Verschiebungen**

Beginnend mit der globalen Finanzkrise des Jahres 2008 haben sich die globalen Koordinaten der Macht und des Einflusses verschoben. Zum Teil erklärt die Schwäche des Westens die Stärke neuer Akteure. Zum Teil nutzen andere globale und regionale Player wie Russland, China oder die Türkei neue Chancen, um ihre Interessen in einer veränderten multipolaren Welt durchzusetzen. Die Tatsache, dass die USA in der Ära Trump sich immer mehr von der Position einer dominanten – demokratisch-liberalen – Macht entfernen, trifft auf eine auch in Europa vorhandene Krise der Demokratie und der liberalen Werte. Die globale Stärkung populistischer und auch autoritärer Werte, die auch im Westen weit verbreitete Sehnsucht der Menschen nach einem „starken Mann“ an der Spitze des Staates, verändern die Konstellationen in der Peripherie Europas. Die EU und die USA sind nicht

mehr alleinige Vorbilder für die Entwicklung der Gesellschaften. Dies ist auch jenes Bild, das wir heute am Balkan sehen.

Die Demokratiebegeisterung ist in vielen Staaten des Balkans gering und zum Teil einer Demokratieskepsis gewichen. In der neuesten Untersuchung des Pew Research Center zu Zentral- und Osteuropa<sup>1</sup> zeigte sich, dass in Serbien nur 25 Prozent der BürgerInnen die Demokratie für die beste Regierungsform halten, während zugleich 28 Prozent meinen, dass unter bestimmten Umständen nicht-demokratische Regierungen besser sind, und weitere 43 Prozent sagen, dass ihnen die Regierungsform vollkommen egal ist. Die Daten von Nations in Transit oder aus dem Bertelsmann Transformation Index zeigen ebenfalls eine kontinuierliche Erosion der demokratischen Entwicklung in der Region auf.<sup>2</sup> Autoritäre und illiberale Herrschaftsformen wurden und werden ausgebaut.<sup>3</sup>

In den Staaten der Region – mit Ausnahme Mazedoniens – ist die Abnahme der Wahrscheinlichkeit eines kurzfristigen EU-Beitritts ein wichtiger Faktor für die Schwächung der demokratischen Entwicklungen und des Einflusses der EU. Auch hier gibt es einen Zusammenhang zwischen einer größeren russischen (und zum Teil türkischen) Präsenz und der normativen Wirkung, die vom russischen Herrschaftsmodell ausgeht.

Jede Schwäche der EU wird zweifach ausgenutzt. Einerseits von Russland, das sich in der Region klar gegen die EU und die NATO positioniert und autoritäre Herrschaftspraktiken unterstützt und fördert, und andererseits von lokalen PolitikerInnen, die sich zwar in der Regel rhetorisch als EU-PragmatikerInnen

---

<sup>1</sup> Pew Research Center 2017

<sup>2</sup> Freedom House 2017; Bertelsmann Transformation Index 2017

<sup>3</sup> BiEPAG 2017

präsentieren, sich aber am autoritären Stil Putins oder Erdogans orientieren. In Zeiten von politischen Spannungen, in denen der Druck der Opposition zunimmt und der EU-Beitritt in eine unsichere Ferne rückt, verwenden auch Pragmatiker wie Edi Rama in Albanien oder Aleksandar Vučić in Serbien bisweilen populistische Mittel, um die eigene Macht abzusichern.

Die Frage, die sich vor diesem Hintergrund zunehmend stellt, lautet, wie man die Zukunft der Integration des Balkans in die euro-atlantischen Strukturen (EU und NATO) und damit auch den eigenen Einfluss in der Region angesichts des oben beschriebenen geopolitischen Wettstreits gestalten kann. Rein technisch betrachtet läuft der EU-Integrationsprozess am Balkan scheinbar nach Plan. Verhandlungen werden geführt, neue Kapitel geöffnet, Beitrittsgesuche angenommen. In den letzten zwei Jahren wurde im Zuge der EU-Reformdebatte das Jahr 2025 als ein mögliches Beitrittsdatum für Serbien und Montenegro genannt. Die neue EU-Erweiterungsstrategie ist zumindest ein Hinweis darauf, dass man sich der Dringlichkeit der Situation vor Ort bewusst ist und dass man seitens der EU bereit ist, die Region stärker als bisher zu unterstützen. Die Frage ist, ob die nationalen politischen Eliten in der Region, die sich bequem in einer Politik der EU-Mimikry eingerichtet haben, zu harten und schnellen Reformen bereit sind, und vor allem ob sie bereit sind, bedingungslos zu Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundprinzipien zu stehen. Denn nur das würde eine langfristige Verankerung der Region in der westlichen Sicherheitsarchitektur möglich machen.

Eine weitere relevante Frage ist auch jene nach den Einstellungen der Bevölkerungen zum EU-Integrationsprozess. Die lange Wartezeit und die mangelnden bzw. enttäuschenden wirtschaftlichen Perspektiven führten in den letzten Jahren dazu, dass immer mehr Men-

schen einen EU Beitritt als unwahrscheinlich betrachten. Meinungsumfragen zeigen eine steigende Skepsis in Bezug auf die EU auf. Hatte man noch in den 2000er Jahren in allen Staaten des Westbalkans Zustimmungsraten zur EU von 70% bis 80%, so sind diese in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken.<sup>4</sup>

Angesichts der großen Veränderungen, die im Jahr 2019 auf der EU-Ebene zu erwarten sind (BREXIT, Wahlen zum Europäischen Parlament), wird zu klären sein, ob die notwendige Wende in der passiven und technokratischen Erweiterungspolitik der EU herbeigeführt und ob dadurch auch eine positive Beeinflussung der Sicherheitssituation in der Region erreicht werden kann.

### **Autoritäre Tendenzen und autoritäre Vorbilder als Ausdruck eines neuen Sicherheitsdilemmas**

Die derzeit aktivste Policy-Gruppe auf der EU-Ebene, die sich mit dem Westbalkan beschäftigt, die so genannte BiEPAG (Balkans in Europe Policy Advisory Group), schlussfolgerte in ihrem Bericht im März 2017:

*„Democracy in the Western Balkans has been backsliding for a decade. There is no single turning point for the entire region, but the downward spiral began a decade ago, and accelerated with the economic crisis in 2008 and multiple crises within the EU that distracted the Union from enlargement“.*<sup>5</sup>

Die Krise der Demokratie bedingt auch den Aufstieg von autoritären Tendenzen in den

<sup>4</sup> Regional Cooperation Council, Balkan Barometer Studies, abrufbar unter [www.rccint.org](http://www.rccint.org)

<sup>5</sup> *Balkans in Europe Policy Advisory Group (BiEPAG): The Crisis of Democracy in the Western Balkans. Authoritarianism and EU Stabilitocracy*, Belgrade 2017.

Gesellschaften Südosteuropas, die sich in der Krise der Institutionen, in einem starken Ausbau der Macht der exekutiven Teile der Regierung sowie und in der zunehmenden Kontrolle der Medien widerspiegeln. Die Situation der Medien und die Pressefreiheit verschlechtern sich ständig. Es gibt auch immer offensichtlichere Mängel im Bereich der Rechtsstaatlichkeit bzw. große Sorgen über einen „Captured State“ durch klientelistische Strukturen rund um die regierenden Parteien.

Der russische Präsident Vladimir Putin ist in Serbien und in der Republika Srpska mit Popularitätsraten von über 70 Prozent der beliebteste Politiker. PolitikerInnen suchen hier die Nähe zu Russland und Präsident Putin, da es ihnen in Wahlkämpfen hilft. So besuchten beispielweise sowohl der ehemalige Präsident der Republika Srpska und neugewähltes Mitglied des bosnischen Präsidiums, Milorad Dodik, als auch der neugewählte Präsident Serbiens, Aleksandar Vučić, wenige Tage vor den für sie entscheidenden Wahlgängen den russischen Präsidenten in Moskau und warben mit Unterstützung Putins um Stimmen im eigenen Land. Putin besuchte im Gegenzug Serbien, zuletzt mitten in der derzeit (Jänner 2019) aktuellen Protestwelle gegen den Präsidenten Vučić.

In der letzten Zeit können auch Versuche einer direkten Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten einzelner Staaten in der Region durch Russland beobachtet werden. Es gab anlässlich der Wahlen in Montenegro im Oktober 2016 eine hitzige Debatte über einen Putschversuch, der laut montenegrinischen Regierungsquellen von Russland geplant war (siehe mehr dazu weiter unten). Russland unterstützte auch offen den abgewählten ehemaligen mazedonischen Premierminister Nikola Gruevski, der mit seiner Weigerung, die neue sozialdemokratisch angeführte Regierung in Skopje anzuerkennen, Mazedonien an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht hatte.

Zudem werden hitzige Debatten über die Rolle eines von Russland unterhaltenen „Humanitären Zentrums“, in der südserbischen Stadt Nis geführt, hinter dem russische Geheimdienstaktivitäten vermutet werden.<sup>6</sup>

Die „starken Männer“ an der Spitze der Staaten stilisieren sich selbst gerne als von einer breiten Masse demokratisch legitimierte Friedensvermittler und primäre Sicherheits- und Stabilitätsanbieter. So zeigte sich z.B. die serbische Regierung im Zuge der Flüchtlingskrise ab dem Sommer 2015 als ein zuverlässiger Partner der EU und der deutschen Kanzlerin Merkel. Die serbische Regierung sorgte entlang der Fluchtrouten für Sicherheit, kooperierte zugleich in allen Punkten mit der EU und stimmte sich mit einzelnen Mitgliedsstaaten ab. Dadurch gewann man das Vertrauen Berlins und Brüssels. Dieses konnte dann wieder innenpolitisch zu Kapital geschlagen werden. So unterstrich Vučić bei jedem der serbischen Wahlkämpfe seit 2015 seine Unterstützung der Kanzlerin Merkel. Parallel dazu betrieb man innerstaatlich unter den Augen der EU und der Mitgliedsstaaten einen starken Umbau des Staates in Richtung einer stark von dominanten politischen Persönlichkeiten und Parteien kontrollierten Staatlichkeit.

## **Veränderte Rolle für die NATO in der Region?**

Angesichts dieser veränderten Rahmenbedingungen im Sicherheitsbereich stellt sich die Frage, ob sich für die NATO und ihr Engagement in der Region Konsequenzen ergeben. Beim letzten Gipfeltreffen der NATO im Juli 2018 in Brüssel wurden die Entwicklungen auf dem Westbalkan eingehend erörtert. In der

---

<sup>6</sup> Vgl. The Economist, *Moscow is regaining sway in the Balkans*, 25.2.2017, [www.economist.com/news/europe/21717390-aid-warplanes-and-aganda-convince-serbs-russia-their-friend-moscow-regaining-sway](http://www.economist.com/news/europe/21717390-aid-warplanes-and-aganda-convince-serbs-russia-their-friend-moscow-regaining-sway) (3.9.2017)

Erklärung zum Brüsseler Gipfeltreffen wurde explizit festgehalten, dass die Region eine „strategische Bedeutung“ für die NATO hat.<sup>7</sup> Darüber hinaus kündigte man an, dass die Türen der NATO offenbleiben werden. Diese Ankündigung bekräftigte man mit der expliziten Aufforderung an Mazedonien, Beitrittsverhandlungen mit dem Bündnis zu eröffnen, sobald die Fragen der Verfassung und des Namens gelöst sind. Insgesamt wurde die NATO-Politik der „offenen Tür“ gemäß Artikel 10 des Washingtoner Vertrags, die für die gesamte Region des Westbalkans weiterhin gilt, als einer der größten Erfolge der Allianz bewertet.

Die Integration der gesamten Region des ehemaligen Jugoslawiens in die NATO schritt seit den Konflikten scheinbar linear voran. Slowenien wurde parallel zur Mitgliedschaft in der EU im Jahr 2004 auch Mitglied der NATO. Kroatien, das 2013 der EU beitrug, wurde bereits im Jahr 2009 NATO-Mitglied. Zusammen mit Kroatien wurde im Jahr 2009 auch Albanien in die Allianz aufgenommen. In Albanien gab es einen großen politischen und gesellschaftlichen Konsens über die Mitgliedschaft zur NATO, so dass der Beitritt frühzeitig vollzogen werden konnte.

Unabhängig von der Frage der Perspektive auf eine Vollmitgliedschaft für die restlichen Nicht-NATO-Staaten des Westbalkans gibt es eine Reihe von Integrationsmaßnahmen und Kooperationsschritten, an denen sich alle Staaten der Region inkl. Serbien beteiligen. Die Maßnahmen im Rahmen der NATO-Aktionspläne mit Bosnien und Herzegowina und Mazedonien bzw. Kooperationsmechanismen im Rahmen der Partnership for Peace

<sup>7</sup> European Western Balkans, NATO Summit: Western Balkans of strategic importance to NATO, 16.7.2018, abrufbar unter <https://europeanwesternbalkans.com/2018/07/16/nato-summit-western-balkans-strategic-importance-nato/>

(PfP), des Euro-Atlantic Partnership Councils (EAPC) und des Individual Partnership Action Plans (IPAP) für Serbien bilden einen Rahmen, in dem man den Dialog offen halten und bei politischer Unterstützung auch einzelne Integrationsmaßnahmen setzen kann.<sup>8</sup>

Die Akzeptanz der NATO in der Gesellschaft bzw. die Frage, wie politisch opportun die Politik der Integration in der NATO betrachtet wird, ist für Serbien am negativsten zu beantworten. Auf Grund der Entwicklungen der 1990er Jahre und des Kosovo-Krieges bzw. des NATO-Lufteinsatzes gegen Serbien im Jahr 1999 ist die NATO als wichtigstes Symbol der militärischen Macht des Westens und der USA in Serbien wenig populär. Alle Meinungsumfragen im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte zeigen eine konstante Ablehnung der NATO durch die serbische Bevölkerung. Im Jahr 2015 lehnten beispielsweise 65 Prozent der SerbInnen die NATO ab, während nur 12 Prozent explizit die NATO-Mitgliedschaft befürworteten.<sup>9</sup> Der Einfluss der USA wird überwiegend negativ gesehen (52 Prozent der SerbInnen sind dieser Meinung), während der Einfluss Russlands (mit 61 Prozent oder Chinas (mit 52 Prozent) als positiv betrachtet wird.<sup>10</sup> Eine ähnlich hohe Ablehnungsraten zur NATO bzw. vergleichbare Einstellungen zu einzelnen Staaten finden sich auch in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina.

In Bosnien und Herzegowina ist im Gegensatz zur serbischen Bevölkerungsgruppe die Unterstützung für die NATO bei der bosniakischen und der kroatischen Population groß. Bosnien

<sup>8</sup> Einen guten Überblick über einzelne Dimensionen der Zusammenarbeit bzw. der Kooperation zwischen der NATO und den Westbalkanstaaten findet sich auf der Homepage

<sup>9</sup> <https://www.blic.rs/vesti/politika/pad-podrske-cak-65-odsto-gradana-protiv-clanstva-srbije-u-nato/vxywxh9>

<sup>10</sup> <https://www.glasamerike.net/a/slabi-podrska-eu-integracijama-vecina-protiv-nato-saradnja-sarusijom-dobra/3756681.html>

und Herzegowina, das seit 2010 offiziell ein Kandidat für die Mitgliedschaft in der NATO ist, konnte auf Grund interner politischer Streitigkeiten bis zuletzt keinen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Weg der Integration in die Allianz setzen. Im Dezember 2018 entschied sich die NATO dennoch, den Aktionsplan zur Mitgliedschaft zu aktivieren. Dieser sieht umfangreiche Beratung und Unterstützung bei den für den Beitritt notwendigen Reformen vor. Um diesen Schritt möglich zu machen, entschied sich die Allianz, die früheren an Bosnien formulierten Bedingungen für den Start des Aktionsplans über Bord zu werfen und ihre Erfüllung an das Ende des Programms zu setzen. Angesichts der expliziten Ablehnung eines NATO-Beitritts durch die serbischen politischen VertreterInnen und der prononcierten öffentlichen Ablehnung der Allianz durch das nunmehrige serbische Mitglied in der kollektiven bosnischen Präsidentschaft, Milorad Dodik, ist nicht davon auszugehen, dass Bosnien und Herzegowina schnell in der Lage sein wird, die Bedingungen aus dem Aktionsplan zur Mitgliedschaft zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund kann diese politische Entscheidung der NATO eindeutig als ein Zeichen der Unterstützung der pro-westlichen und pro-NATO-Kräfte im Land gedeutet werden, durchaus auch mit einer regionalen Botschaft an Russland und an die Kritiker der NATO, dass man die Region weiterhin zur Einflusszone des Westens und der NATO zählt.

In Mazedonien, das ein konkretes Angebot zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Allianz besitzt, ist die Unterstützung für eine Mitgliedschaft in der NATO in der Bevölkerung in den letzten Jahren stets angestiegen und lag im Jahr 2018 bei 83%.<sup>11</sup> Nach der im Jän-

ner 2019 erfolgten Ratifizierung der Verfassungsänderungen durch das mazedonische und griechische Parlament Mazedonien steht dem mazedonischen NATO-Beitritt nichts mehr im Wege. Das griechische Parlament wird aller Voraussicht nach am 8. März das NATO-Protokoll zum Beitritt des nun Nordmazedonien genannten Staates unterzeichnen. Der Beitritt selbst sollte 2020 erfolgen.

Die Lage des Kosovo bleibt auf Grund der Problematik mit der Anerkennung durch die Vereinten Nationen und die fünf Mitgliedsstaaten der EU schwierig. Die NATO ist mit der KFOR-Mission weiterhin der zentrale und dominante Sicherheitsprovider im militärischen Bereich. Auch die serbische Regierung ist der Ansicht, dass die KFOR ein zentrales Sicherheitsinstrumentarium darstellt. Die kosovo-albanische Bevölkerung befürwortet mit einer großen Mehrheit die Mitgliedschaft des Landes in der NATO. Als erster und politisch sicherlich heikler Schritt gilt die angekündigte und im Dezember 2018 heftig diskutierte Umwandlung der bestehenden kosovarischen Sicherheitskräfte in eine Armee. Dieser Schritt wird von Serbien und auch von Russland explizit und vehement abgelehnt und als eine offene Provokation und Bedrohung serbischer bzw. russischer Interessen in der Region betrachtet.

Montenegro konnte im Juni 2017 mit dem Beitritt zur NATO einen aus Sicht der montenegrinischen Regierung zentralen Integrations-schritt Richtung Westintegration erfolgreich abschließen. Vor dieser Entscheidung, aber auch danach gab es heftigen Widerstand Russlands gegen die NATO-Mitgliedschaft Montenegros. Zur Debatte gehörte vor allem auch ein angeblicher und bis heute nicht restlos aufgeklärter Putschversuch seitens der pro-russischen und pro-serbischen Kräfte im Vorfeld der Wahlen von 2016. So präsentierten beispielsweise ExpertInnen im Juli 2017 in einer Anhörung vor dem US-amerikanischen

<sup>11</sup>

<https://www.krstarica.com/vesti/srbija/istrazivanje-raste-podrska-gradjana-za-eu-i-nato-integracije-2/>

Senat, Informationen und Beweise für die direkte Einmischung Russlands in den Putschversuch.<sup>12</sup> Diesen Putschversuch, den die montenegrinischen Sicherheitskräfte vereitelt haben, und bei dem Milo Đukanović selbst angeblich getötet werden sollte, nutze Đukanović, um seine eigene Position abzusichern und die pro-serbische Opposition zu diskreditieren. Abseits der montenegrinischen innenpolitischen Debatte sind die Entwicklungen in Montenegro ein wichtiger Gradmesser für die Stärke des Einflusses der NATO auf die Situation in der Gesamtregion. Mit der starken Einmischung von Russland in den Prozess und dieser offenen und neuartigen Form des Widerstands gegen die NATO-Integration, sehen wir auch das erste Mal einen direkten Versuch die Westintegration der Region zu verhindern.

Im Zusammenhang mit einer NATO-Mitgliedschaft bzw. von Integrations- und Kooperationsschritten mit der NATO ist der Reformprozess des Sicherheitssektors ein wesentlicher Aspekt, der zur Erhöhung der Sicherheit und Stabilität in der Region beitragen könnte. Alle Balkanländer haben in den 2000er Jahren im Zuge der EU- und der NATO-Integration Reformen der relevanten Sicherheitsstrukturen und -akteure eingeleitet. Aus dieser Perspektive betrachtet könnte für Bosnien und Herzegowina und Serbien im Konkreten die Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft und eine engere Zusammenarbeit, die im Membership Action Plan vorgesehen ist, dringend notwendige Impulse für weitere Reformen von Streitkräften, Sicherheitsdiensten und der Polizei geben.<sup>13</sup> Dies würde in der

---

<sup>12</sup> vgl. Atlantic Council: Testimony before the Senate Armed Services committee by Damon M. Wilson, July 13th 2017, abrufbar unter, [https://www.armed-services.senate.gov/imo/media/doc/Wilson\\_07-13-17.pdf](https://www.armed-services.senate.gov/imo/media/doc/Wilson_07-13-17.pdf)

<sup>13</sup> Vgl. Marko Savkovic: How NATO Membership has become necessity for the Western Balkans, European Western Balkans, 3.9.2018, abrufbar unter

gesamten Region zu einem Anstieg des gegenseitigen Vertrauens führen.

## **Rolle Österreichs – Einsätze des Bundesheeres am Balkan als Einsatz für die Sicherheit der Region**

Der Westbalkan ist in vielerlei Hinsicht (politisch, wirtschaftlich, sicherheitstechnisch) für Österreich von zentraler strategischer Bedeutung. Deshalb gilt Österreich als ein starker Befürworter der vollständigen Integration in die EU und auch in die NATO. Im Kontext der geschilderten Verschiebungen in der Sicherheitslandschaft am Westbalkan und der Entstehung eines neuen geopolitischen Marktplatzes stellt sich die Frage, wie Österreich dazu beiträgt bzw. beitragen kann, dass der Einfluss der EU und der NATO dominant bleiben und damit nicht nur die Sicherheitsinteressen, sondern auch politische und wirtschaftliche Interessen Österreichs in der Region wahrgenommen werden.

Ein weiteres offensives Bemühen Österreichs um die EU-Integration aller Staaten des Westbalkans ist eine zentrale Handlungsachse. In dieser Frage gibt es seitens der österreichischen Regierung eine klare Haltung und Kontinuität. Dennoch stellt sich angesichts von Schwächen der EU-Erweiterungsstrategie und den offenen Debatten über die weitere Ausgestaltung der Erweiterungspolitik innerhalb der EU die Frage, ob man kurz- bis mittelfristig dem Ziel der Integration der Region in die EU näher kommen kann. Verschiebt sich der mögliche Beitritt von einzelnen Staaten der Region Richtung 2030 und darüber hinaus, stellt sich die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten es seitens Österreichs zusätzlich geben kann, um dem „EU-Integrationsvakuum“ entgegenzu-

---

<https://europeanwesternbalkans.com/2018/09/03/nato-membership-become-necessity-western-balkans/>

wirken und einen Beitrag zur Stabilität der Region zu leisten. Hier kommt dann neben wirtschaftlichen Investitionen und Investitionen in „Soft Sectors“, wie Bildung oder Zivilgesellschaft, den beiden militärischen Operationen in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo eine große Rolle zu.

Österreich beteiligt sich mit hohen Truppenkontingenten an den Missionen in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo. Im Kosovo befinden sich derzeit im Rahmen der KFOR-Mission insgesamt etwas mehr als 4.200 Soldaten aus 28 Staaten.<sup>14</sup> Österreich beteiligt sich seit Sommer 1999, also seit dem unmittelbaren Kriegsende mit 427 Personen an der Mission im Kosovo und ist damit der drittstärkste Truppensteller und der größte unter den Nicht-NATO-Staaten.<sup>15</sup> In Bosnien und Herzegowina ist Österreich militärisch seit 1996 präsent. Zurzeit ist es im Rahmen des 600-Personen starken EUFOR/ALTHEA Einsatzes durch das Austrian Contingent / European Union Force (AUTCON/EUFOR) mit 308 SoldatInnen beteiligt. Österreich stellt also das stärkste Kontingent und mit dem Generalmajor Martin Dorfer auch den Missionskommandanten.

Aus heutiger Sicht setzt man bei beiden Missionen auf Kontinuität und trägt damit wesentlich zur Stabilisierung der Region dabei. Diese Politik soll in der Zukunft beibehalten werden. Angesichts der derzeitigen geopolitischen Herausforderungen in der Region kann man aber davon ausgehen, dass man ohne eine vollständige Integration der gesamten Region des Westbalkans in die EU und die NATO-Strukturen vermutlich vermehrt mit volatilen Sicherheitssituation konfrontiert werden wird. Die erste Herausforderung in der kommenden

Zeit wird großer Wahrscheinlichkeit nach auf die österreichischen KFOR-Truppe im Kosovo zukommen. Im Zuge der sich Ende des Jahres 2018 zuspitzenden Situation zwischen Serbien und Kosovo wird der KFOR eine wichtigere Rolle als in den letzten Jahren zukommen. Auch kann ein punktuelles Aufflammen der Gewalt nicht mehr kategorisch ausgeschlossen werden. Nicht nur angesichts dieser punktuellen Herausforderungen ist es zentral, dass man die langfristige Stabilisierung der Region durch die schnellere und nachhaltigere Integration in den euro-atlantischen Rahmen vorantreibt. Österreich als einem bislang zuverlässigen und sehr aktiven Partner kommt dabei eine besondere Rolle zu

---

<sup>14</sup> vgl. Webpage der KFOR abrufbar unter <https://jfcnaples.nato.int/kfor>

<sup>15</sup> Vgl. <http://www.bundesheer.at/ausle/zahlen.shtml>

